

Protokollauszug öffentliche Sitzung des Schulausschusses vom 23.11.2006

**Zu Ö 7 Sachstandsbericht der Schulverwaltung zu den Maßnahmen der offenen Ganztagschule im Schuljahr 2006/2007
ungeändert beschlossen
A 40/0123/WP15**

In der Tabelle auf Seite 28 der Vorlage ist die Spalte "Differenz in Gruppen" zu streichen.

Herr Ernst erläutert die Finanzierung der Offenen Ganztagschule aus Landesmitteln und kommunalen Eigenanteilen und die Problematik der durch die Bezirksregierung Köln auferlegten Kostenneutralität. Die endgültigen Schülerzahlen konnten letztendlich erst zum Stichtag erster Tag nach den Herbstferien (16.10.2006) erfasst und zu diesem Zeitpunkt die endgültige Finanzierung auch erst berechnet und den Schulen mitgeteilt werden. Die Mitteilung an die Schulen bezüglich der ihnen jeweils zur Verfügung stehenden Finanzmittel ist am 17.10.2006 erfolgt. Die Mittelverteilung erfolgte unter Beachtung der im Erlass vorgesehenen besonderen Berücksichtigung von Schulen in sozialen Brennpunkten und ebenfalls unter Beachtung der jeweiligen Gegebenheiten vor Ort.

Die Personalkosten für eingesetzte städtische Erzieherinnen sind in der Tabelle mit dem Wert 0,00 € angegeben, da hier nur eine Refinanzierung der wegfallenden Landeszuschüsse erfolgt und die Beträge für erforderliche Refinanzierungen (auch zusätzliche Hausmeisterstellen und Sekretärinnen-Mehrkosten) aus den gesamt zur Verfügung stehenden Mitteln erfolgt, so dass die Schulen, die mit städtischen Erzieherinnen arbeiten, nicht besser gestellt werden als die Schulen, die mit freien Trägern arbeiten.

Die Auflistung der an den Schulen tätigen Kooperationspartner findet einhellige Zustimmung, die Schulen haben weitestgehend Kooperationspartner aus ihrem unmittelbaren Umfeld.

Im Verteilungsschlüssel werden nicht überall volle Gruppen gefördert, da aufgrund der tatsächlich angemeldeten Teilnehmer nicht überall volle 25er-Gruppen gebildet werden konnten.

Herr Becker gibt zu bedenken, dass Grundsätze und Prinzipien der Finanzierung erarbeitet werden müssen bzw. ein Sockelbetrag für kleinere Schulen zur Verfügung gestellt werden muss. Hier ist zu überlegen, ob eine Kommission gebildet wird, die zukünftig über die laufende Finanzierung für Offene Ganztagschulen entscheidet.

Bei den kommenden Haushaltsberatungen muss ebenfalls in die Planung eingestiegen werden, Mittel im Haushalt umzuschichten, um eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung der Offenen Ganztagschule zu gewährleisten. Diese Verschiebung muss jedoch im städtischen Haushalt erfolgen und darf keine Erhöhung der Elternbeiträge nach sich ziehen.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung einstimmig zur Kenntnis.